

„Es ist wichtig dass wir die Initiative ergreifen und diese beiden, im Grunde genommen westlichen Länder an einen Tisch bringen und etwas nachhelfen, dass sie ... so schnell wie möglich eine vernünftige Lösung für dieses unselige Problem finden. Denn, wenn man die Sache langfristig und vom europäischen Blickwinkel aus betrachtet, dann ist es unerlässlich, dass beide Länder ... zusammenstehen.“

Sir Orme Sargent

1946: JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN FÜR SÜDTIROL – STATT RÜCKKEHR NACH ÖSTERREICH AUTONOMIE – TEIL V

Das Scheitern einer Taktik

FRÜHSOMMER 1946: Rom und Wien sollten eine gemeinsame italienisch-österreichische Verwaltung für ganz Südtirol unter Aufsicht der UNO errichten



von Rolf Steininger*

Die Briten in einem „echten Dilemma“

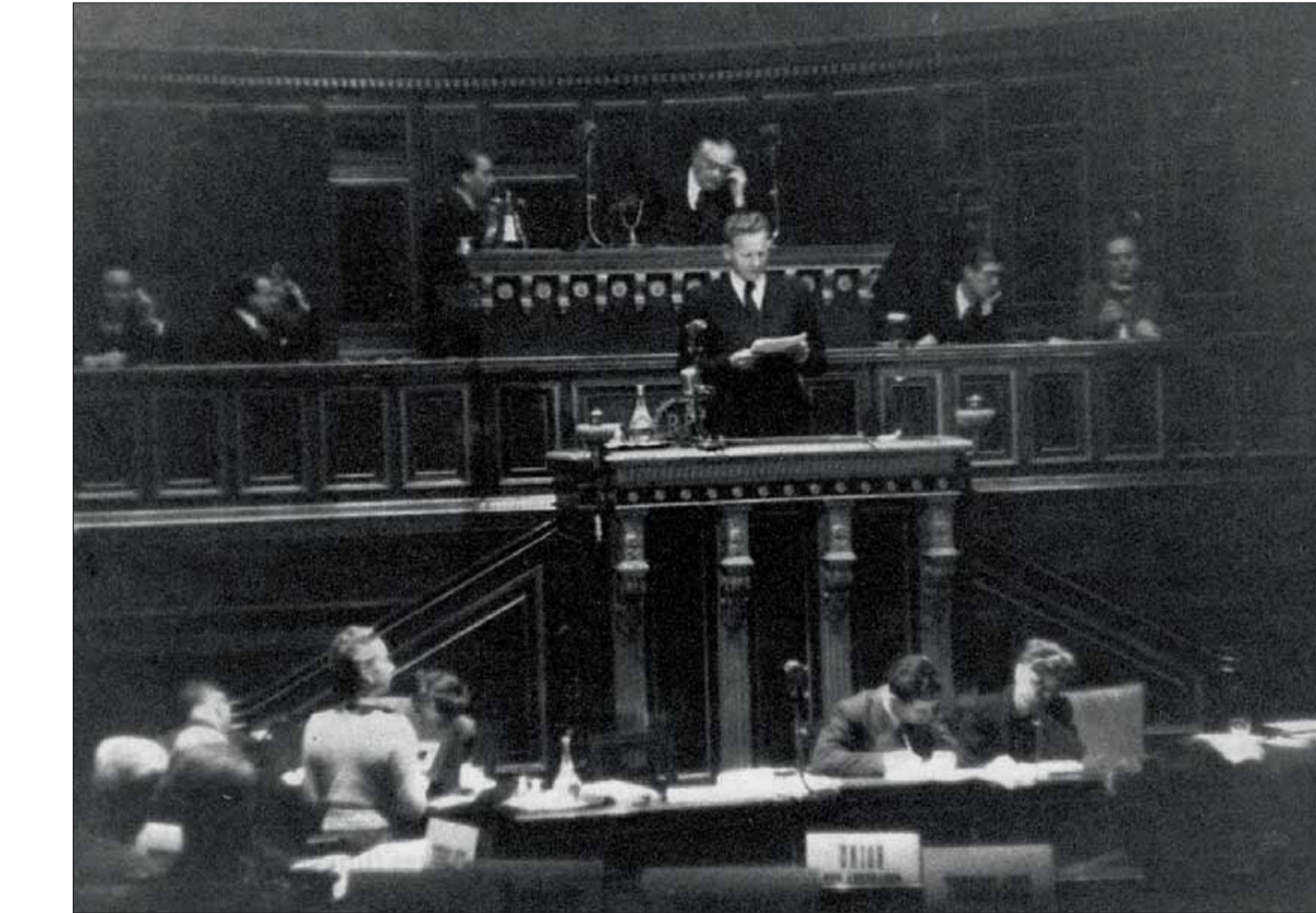
Vor den Außenministern in Paris kündigte Gruber dann an, dass die österreichische Regierung auf jeden Fall beabsichtige, zu einem späteren Zeitpunkt das Thema Volksentscheid in Südtirol vor einem zuständigen internationalen Gremium aufzuwerfen, sie betrachte die Frage kleinerer Grenzkorrekturen nicht als prinzipielle Lösung des Südtirolproblems, sondern lediglich als Korrektur früherer Grenzziehungen.

Wie er sich das weitere Vorgehen vorstellte, machte er wenig später gegenüber den Briten deutlich: Rom und Wien sollten eine gemeinsame italienisch-österreichische Verwaltung für ganz Südtirol unter Aufsicht der UNO errichten, Italien sollte sämtliche wirtschaftlichen Rechte behalten und darüber hinaus weiter Truppen am Brenner stationieren können, während Österreich für kulturelle Fragen und Verkehrsangelegenheiten zuständig sein sollte, mit dem Recht Südtirols, Abgeordnete in den Nationalrat nach Wien entsenden zu können.

Das entsprach in etwa seinem geheimen „Trumpfkartenplan“ und war absolut nicht im Sinne der Briten. Für sie sollte ihr Pustertalvorschlag die endgültige Lösung des Südtirolproblems sein und nicht etwa der erste Schritt auf dem Weg zu einem Engagement mit Italien zwecks Rückgewinnung des restlichen Südtirols. Grubers Plan bedeutete das Ende der Pustertallösung. Mit diesem Plan, so Gladwyn Jebb, werde ein Vorschlag, der schon schwierig genug sei, noch schwieriger, da die Italiener sich dabei im Klaren seien, „dass die Österreicher durch die Hintertür das bekommen, was man ihnen durch die Vordertür verweigert“.

Gruber verfolge offensichtlich die Idee, wenn er erst einmal definitiv das Pustertal für Österreich zurückbekommen habe, dass er dann die Italiener in die Defensive drängen könne („he will get the Italians on the run“) und in ein paar Jahren auch das restliche Südtirol – zumindest verwaltungsmäßig – für Österreich zurückgewinnen könne. Ohne Zweifel würden die Italiener aber genau das befürchten, und für den Fall, dass Österreich in der Folge kommunistisch oder pangermanistisch würde, hätte es dann damit einen hervorragenden Hebel in der Hand, den es, wann immer es wünsche, gegen Italien einsetzen könne.

Die Briten spielten nicht mehr mit, wohl wissend, dass bei Beibehaltung der Grenze die britische Regierung im Unterhaus erheblich kritisiert werden würde, da man im Fall Venezia Giulia auf Anwendung des ethnischen Prinzips bestanden habe, im Fall Südtirol dieses Prinzip aber strikt abgelehnt habe. „Wir befinden uns daher“, so Jebb, „in einem echten Dilemma.“ Als den besten Ausweg aus diesem Dilemma



Karl Gruber spricht auf der Außenministerkonferenz in Paris.

empfahl er folgende Taktik: Mit Nachdruck darauf zu bestehen, dass man selbst ja für die Anerkennung des österreichischen Anspruchs auf das Pustertal gewesen sei, „die Haltung der Russen dies aber unmöglich gemacht hat.“ Er selbst gestand dabei allerdings ein, dass dies „natürlich etwas unehrlich“ sei („slightly dishonest, of course“), „aber es könnte dennoch der einfachste Ausweg aus diesem Dilemma sein“. Er war es. Auf die Sowjets war diesmal Verlass. Für Molotow war auch die Pustertallösung „mehr als eine kleinere Grenzberichtigung“. Seine drei Kollegen sahen das ähnlich. Am 24. Juni wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Der Rat der Außenminister stimme darin überein, so hieß es da, dass die österreichische Forderung „nicht als kleinere Grenzberichtigung angesehen werden kann“.

Gruber in „tiefer Depression“

Die Entscheidung schlug in Wien wie eine Bombe ein. Gruber fühlte sich von den Briten hintergangen und verraten und fiel in einen Zustand „tiefer Depression“, wie der britische Vertreter in Wien, Mack, nach London berichtete. Mack versuchte zwar, ihn einigermaßen wieder aufzurichten, aber, so berichtete er weiter, „ich fürchte, ohne großen Erfolg“. Bundeskanzler Figl sah die Dinge realistischer. Er war nach wie vor der festen Überzeugung, dass Südtirol eines Tages nach Österreich zurückkehren werde. „20 Jahre sind nichts im Leben einer Nation, die Franzosen haben 50 Jahre gebraucht, um Elsaß-Lothringen zurückzubekommen; in der Zwischenzeit wird die Bundesregierung die Mitbürger in Südtirol wissen lassen, dass sie sie nach wie vor als Österreicher betrachtet“, wie er Mack anvertraute.

Seiner Meinung nach waren 2

Dinge jetzt notwendig: Zum einen mussten die Großmächte Italien zwingen, die österreichische Mehrheit in Südtirol anständig zu behandeln, d.h. es mussten eigene Schulen und eigene kulturelle Einrichtungen zugestanden und entsprechende Garantien gegeben werden, dass sie nicht so schikaniert würden wie unter den Faschisten. Zum anderen mussten die Österreicher die Eisenbahnverbindung zwischen Innsbruck und Lienz ohne Kontrolle durch die Italiener benutzen dürfen. Dies könne in bilateralen Verhandlungen zwischen Wien und Rom geklärt werden.



Sir Orme Sargent, der höchste Beamte im Foreign Office in London. Seine Initiative führt zu neuen Gesprächen zwischen Österreich und Italien.

Der Ausweg sollte nun, aus britischer Sicht, in direkten Gesprächen zwischen Rom und Wien liegen. In diesem Sinne wurde Mack auf Weisung von Orme Sargent am 27. Juni bei Gruber vorstellig, allerdings ohne Erfolg. Gruber zeigte sich nach wie vor „nicht nur tief enttäuscht, sondern auch ziemlich verbittert“; er hatte „wenig Hoffnung, dass direkte Verhandlungen irgendein Ergebnis bringen“. Nach dem Beschluss der Außenminister stehe man mit leeren Händen da, und die Italiener hätten keinen Grund mehr, Österreich entgegenzukommen. Nach Aussage Grubers, so Mack abschließend, „ist die innenpolitische Lage in Österreich fast hoffnungslos. Die Entscheidung von Paris hat die Position der Regierung geschwächt, die Kommunisten wer-

den täglich stärker, die Russen haben jetzt 150 Fabriken übernommen, und Gruber sieht keine Möglichkeit, sie zurückzubekommen“.

Und wenige Tage später:

„Die Österreicher halten es im gegenwärtigen Stadium, wo sie ohne das Pustertal nichts in Händen und die Italiener keinerlei Veranlassung zu einer vernünftigen Regelung haben, für sinnlos, den direkten Kontakt mit der italienischen Regierung zu suchen. Es ist im Moment unmöglich, sie von dieser Haltung abzubringen.“

Die Briten übernehmen die Initiative

Nun begann eine Phase, in der die Briten stärksten Druck sowohl auf Italiener als auch auf Österreicher ausübten. Sargent war davon überzeugt, dass, solange man beide sich selbst überlasse, „nichts geschehen wird. Die Österreicher sind zu schwach, um die Dinge voranzutreiben, und für die Italiener als beati possidentes besteht eigentlich keinerlei Veranlassung, sich in einem Abkommen eindeutig festzulegen, so sehr sie auch ihren guten Willen bekunden und vage Versprechungen hinsichtlich guter Absichten machen.“

Zum erstenmal war die Rede von einer Autonomie für Südtirol.

Zunächst wurde Druck auf die Italiener ausgeübt. Der italienische Botschafter in London, Carandini, wurde am 2. August vor seiner Abreise nach Paris ins Foreign Office gebeten, wo Hoyer-Millar mit Nachdruck auf das Interesse der britischen Regierung an einer einvernehmlichen Lösung der Südtirolfrage zwischen Italien und Österreich verwies, einer Lösung, die möglicherweise in den Friedensvertrag mit Italien übernommen werden konnte. Ein freundlich gesinntes Österreich müsse im Interesse Italiens liegen, Italien könne nichts

dabei gewinnen, wenn „Österreich in die Arme der Russen getrieben wird“. Wenn sich dagegen Österreicher und Italiener auf ein Autonomiestatut einigen könnten, das unter anderem freien Personenverkehr zwischen Südtirol und Österreich ermögliche, dann habe man schon eine ganze Menge erreicht.

Carandini hatte offensichtlich verstanden, worum es ging, zumindest hat er es so formuliert. Mit allem, was der Brite gesagt hatte, stimmte er überein, er war sicher, dass dies auch für Ministerpräsident De Gasperi zuträfe. In jedem Fall wollte er ihn dazu drängen, Kontakt mit den Österreichern aufzunehmen.

Am nächsten Tag, dem 3. August, wandte sich Sir Orme Sargent direkt an Bevin und an die Vertreter der britischen Delegation in Paris. Er nahm Bezug auf das Gespräch Carandini/Hoyer-Millar, in dem der italienische Botschafter auch gesagt hatte, er sei sicher, dass seine Regierung auf jeden entsprechenden Schritt der österreichischen Regierung positiv reagieren werde, und verwies dann gleichzeitig auf die sich verschlechternde Lage in Österreich, und dass einzig die Kommunisten aus der schwierigen Situation Kapital schlagen würden, um dann kategorisch festzustellen:

„Es geht jetzt darum, die Angelegenheit zufriedenstellend zu regeln. Die Zeit ist jetzt gekommen, Schritte zu unternehmen, um Italiener und Österreicher unter der Ägide der 4 Mächte zusammenzubringen, so dass sie Vorschläge vorlegen, die die berechtigten Ansprüche beider Seiten befriedigen.“

Es liege im britischen Interesse, das Abgleiten eines oder beider Länder ins kommunistische Lager zu verhindern, daher gelte es jetzt, die Sache schnell zu regeln. Der erste Schritt sollte demnach eine Einladung an beide Regierungen sein, Vertreter

mit Vorschlägen für die Regelung der ethnischen, wirtschaftlichen und strategischen Fragen nach Paris zu entsenden. Wichtig sei dabei, so hieß es, dass in der Grenzfrage noch keine endgültige, von allen Staaten unterschriebene Regelung mit Italien getroffen werden sollte, da, so Sargent, nur während eines Zustandes der Unsicherheit mit einer gewissen italienischen Kompromissbereitschaft zu rechnen sei. Sargent stellte sich die Lösung folgendermaßen vor:

- ▶ lokale Selbstverwaltung und weitreichende Autonomie im deutschsprachigen Raum bis zur Salurner Klausel;
- ▶ durch Gesetz festgelegte Garantien im Bereich Sprache, Kultur, Religion usw.;
- ▶ Sonderregelungen für Handel und Verkehr zwischen diesem Gebiet und Nordtirol.

Durchführung und Einhaltung aller Bestimmungen sollten von einer neutralen Kommission überwacht werden.

Sargent abschließend:

„Es ist wichtig dass wir die Initiative ergreifen und diese beiden, im Grunde genommen westlichen Länder an einen Tisch bringen und etwas nachhelfen, dass sie in ihrem und unserem Interesse so schnell wie möglich eine vernünftige Lösung für dieses unselige Problem finden. Denn, wenn man die Sache langfristig und vom europäischen Blickwinkel aus betrachtet, dann ist es unerlässlich, dass beide Länder, die nun einmal beide so dicht am Eisernen Vorhang liegen, zusammenstehen. Dies haben kluge Leute in Italien und Österreich zwar bereits erkannt, aber die beiden Länder als Ganzes sind aus psychologischen Gründen unfähig, aufeinander zuzugehen, es sei denn, sie werden von den Großmächten gezwungen, ihre gegenseitige Antipathie zu überwinden und die Streitereien zu begraben, die sonst die gegenseitigen Beziehungen auf Dauer vergiften und ihnen selbst und uns nur Schaden zufügen werden.“

ACHTUNG: Bis zum 5.9. erscheinen 8 Sonderseiten zum Thema „Pariser Vertrag: 5.9.1946“ in der nächsten Folge: Das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Erscheinungsdatum: 31.8.2021).

* Zur Person: O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck www.rolfsteininger.at
Buchtipps: Rolf Steininger, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Studienverlag Innsbruck 2006, 405 Seiten
Bestellen: www.athesiabuch.it

